

Integration durch Arbeit?: CES nimmt Stellung zur Immigrationspolitik - Reform der Arbeitsgenehmigungen angemahnt

Eine "société ouverte et tolérante" diagnostizierte gestern der Präsident des "Conseil Economique et Social" (CES) , Raymond Hencks, gestern in Bezug auf Luxemburg und musste offenbar dennoch im gleichen Atemzug auf die "Ängste" der Luxemburger hinweisen, zu Fremden im eigenen Land zu werden. Schon 2050 könnten die Luxemburger zur ethnischen Minderheit im Großherzogtum geworden sein, so offizielle Prognosen. Wie soll Luxemburg sich erfolgreich dieser Herausforderung stellen?

Die Realität lässt keinen Spielraum, das Großherzogtum wäre längst ins Hintertreffen geraten, wären die Immigrationsflüsse irgendwann versiegt, so der CES-Bericht. Aber wieviel Immigration verträgt und wieviel Integration braucht das Land? Zwischen Pisa-Komplex und dem fast obligatorischen Gebrauch des Französischen an der Frische-Theke kämpft der Luxemburger Durchschnittsbürger mit sich selbst. Ein gerne kolportiertes Stereotyp, das leider gestern auch die CES-Studie nicht ausräumen konnte.

Das Thema "Immigration" wurde für die Studie in thematische Blöcke zerschnitten, allerdings unter ausdrücklicher Ausklammerung der Asylbewerber und der so genannten "illegalen Immigration".

Kein Wunder, dass Fachminister Nicolas Schmit bei einer derart entschärften Themenlage gut gelaunt der Pressekonferenz beiwohnte. Der Umstand, dass die Studie den "Frontaliers" eine eigene "Immigrations"-Rubrik zubilligte, gab den Ton an. Es ging jedoch nur sekundär um kulturelle und gesellschaftliche Integration sondern um wirtschaftliche Interessen, Arbeitsrecht und Patronatsforderungen.

Das ausgewiesene Hauptthema des "Avis" des CES: eine Vereinfachung bei der Vergabe von Arbeitsgenehmigungen und die direkte Kopplung von Arbeit und Bleiberecht.

Die derzeit vier verschiedenen Kategorien von Arbeitsbewilligungen sollen laut CES auf zwei zurechtgestutzt werden: eine beschränkte, unter Umständen verlängerbare Arbeiterlaubnis mit Auflagen und eine unbeschränkte, mit dem damit verbundenen uneingeschränkten Bleiberecht.

Sicher, Luxemburg und sein Arbeitsmarkt sind nicht nur aus demographischen Gründen auf den Zuwachs von außen angewiesen. Ohne diesen "apport externe" sei der Standard in Luxemburg nicht zu halten, so CES-Präsident Hencks.

Im Übrigen blieb der "Avis" hinter den Erwartungen, auf eine kritischen Stellungnahme zur derzeitigen Integrationspolitik, weit zurück. Forderungen nach obligatorischer Vorschule, prozeduralen Erleichterungen für ausländische Unternehmensgründer und einem lauten

Der Ruf nach "hochqualifizierten" Arbeitskräften aus Drittstaaten und entsprechenden Erleichterungen bei der Vergabe von Visa und Arbeitsbewilligungen, gaben den Takt an. Unter Ausklammerung heikler Einwanderungsthemen blieb kaum Brisantes übrig.

Außer dem ritualisierten Lippenbekenntnis zur doppelten Staatsbürgerschaft, das regelmäßig von Politikern aller Couleur wiedergekaut wird, gibt es auch weiterhin keinerlei politischen Leitlinien, die zumindest den gesellschaftspolitischen Kurs vorgäben.

Auch der "Avis" des CES musste diesen traurigen Trend gestern eher bestätigen als ändern. Der zentrale Punkt, nämlich die vereinfachte Handhabung bei der Vergabe von Arbeitsgenehmigungen und die damit verbundene Gewährung der Aufenthaltsgenehmigung verweist auf das deutliche Interesse des Patronats hin, arbeitsrechtliche Klarheit zu schaffen. Obwohl es sich in diesem Zusammenhang sicher angeboten hätte, zumindest die arbeitsrechtliche Komponente der Asylpolitik zu thematisieren, beschränkte sich die Meinungsäußerung des "Conseil Economique et Social" auf die so genannte "legale" Einwanderung.

Und so blieb es Nicolas Schmit erspart, über die Problemzonen seiner "großen Baustelle" Immigrationspolitik zu referieren.

Auffällig an den Äußerungen der CES-Redner: die angeblich mangelnde Integration der portugiesischen Gemeinschaft in Luxemburg erschien erwähnenswert. Raymond Hencks erklärte diesen Integrationsmangel mit einer massiven Einwanderungswelle, die nicht mit der Einwanderungsphase italienischer Gastarbeiter zu vergleichen sei.

Seltsam, ja geradezu befremdlich wirkt dieser Diskurs über mangelhafte Integration ausländischer Minderheiten mitten im Herzen einer europäischen Hauptstadt. Europa wird nun einmal nicht von einer "melting pot"-Mentalität geprägt und zumindest die Verwaltungszentren der EU sollten einen anderen Zugang zu den Worten "Integration", "Multikulti" und "Einwanderung" gefunden haben.

Gewiss, das Großherzogtum besteht keineswegs nur aus der Hauptstadt, allerdings gehört Europa zu einer landesweit spürbaren Realität, der es eigentlich Rechnung zu tragen gilt. Die Forderungen nach besserer Integration ausländischer Mitbürger bleiben solange fruchtlos, wie die Politik es bei halbherzigen Lippenbekenntnissen belässt und zwar einerseits Toleranz predigt, andererseits aber die Asylpolitik durch tendenziöses Thematisieren der Problematik zum öffentlichen Schüren unterschwelliger Ängste missbraucht.

Der Diskurs ist seit Jahren derselbe: Integration steht auf der Speisekarte, wenn man aber nachfragt, ist gerade nichts da, vielleicht nächste Woche. Und auch wenn der CES-Bericht hinter den Erwartungen zurückbleibt, so wird darin zumindest angemahnt, eine voluntaristische Herangehensweise in den Bereichen Immigration und Integration an den Tag zu legen.